

plag. S. ung. 5. Einlage: 4 9 ent opt lte frei. ent. L. pl on des gr. ch frei. mm. m. str. 13. rt, ppele Uhr. ucke. erein. nat. llda. ung durch n. Kairo, Nil etc. allung, so. Ausstell. 8 1/2 Uhr. St. p. eind. p. St. d. ig. Postäm. Walfen. den. den. Gedruckt

**Pfund's Condensirte Milch**  
Beste Kindernahrung.  
Bresdner Molkerei  
Gebr. Pfund

# Dresdner Nachrichten

**Closets & Badeartikel**  
Friedrich Gappisch  
Bresdner A. Marienstr. 11.  
gegenüber 3 Raben.  
Fabrik: Fischhofplatz.

**Curt Heinsius** Ing. Hoff.  
Dresden-N., Tieckstr. 12.  
Fernsprech-Anst. 11, 7100.  
Mehrfachjährige Garantie.  
Kontofree Probe.  
8 Mai pränumer. 80,000 St. in Function.  
**Geräuschlose Thürschliesser**  
n. dopp. Luftdichtung, gewalts. Schließen schafflos.

Dresden, 1896.

**Tuchwaaren.**  
Hochfeine Strickkammgarne, Croisés und Sattins zu Frack- und Gehrockanzügen empfohlen billigst.  
**Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.**  
Mustersendungen franco.

**Russische Gummischuhe**  
billigt bei  
**Reinhardt Leupolt, Gummifabrik,**  
Telephon 259. • Wettinerstrasse 26.  
Absätze, Besohlen, Reparaturen etc. dauerhaft und billig.

**B. Rammer, Damenschneiderin,**  
Dresden-Altt., Marschallstrasse 42, 11.  
empfiehlt sich der geehrten Damenwelt.  
Garantie für Passen. • Bedienung prompt.  
Preise solid.

## Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

**Mr. 34. Spiegel:** Innerpolitisches in Oesterreich-Ungarn. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Landgerichtspräsidenten-einweisung, Einbruchdiebstahl, Gerichtsverhandlungen. Gracia-Abend, Gewerbeausstellung. Lotteriespiel. Rufmühselige Witterung: Wenig Wechsel i. d. Wetterlage. **Dienstag, 4. Februar.**

**Politik.**  
In Oesterreich hat sich seit den letzten heftigen Kämpfen in der inneren Politik, in deren Verlauf alle Leidenschaften entfesselt wurden und die Wogen des wilden Parteihaders in den Parlamenten so hoch brandeten, daß dem Fernstehenden angst und bange werden konnte, eine merkwürdige Wandlung vollzogen. Heftig trat sie eigentlich nicht hervor. Man konnte nur Schlässe ziehen aus gewissen Symptomen, die in dem sich stets besser gestaltenden Verhältnis zwischen dem derzeitigen Ministerpräsidenten und der deutsch-liberalen Partei zur Erscheinung kamen. Etwas Sicheres aber wußte man doch nicht bis zum verflohenen Sonnabend. Dieser Tag dürfte für die weitere Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich einen Wendepunkt bedeuten, insofern es nunmehr darauf ankommen wird, ob die Grundzüge einer vernünftigen deutsch-liberalen Verfassung, wie sie an jenem Tage in Brinn vor einer glänzenden Versammlung von dem jetzigen deutsch-liberalen Führer Frhrn. v. Chlumetz dargelegt wurden, von dem Groß der Partei zur Nichtsachtur genommen werden oder nicht. Die Verfassung, in der der genannte deutsch-liberaler Führer und Präsident des Wiener Reichsraths seine bemerkenswerthe Rede gehalten hat, war von dem Brünner „Deutschen Verein“ einberufen worden und behandelte zwei Fragen: die künftige Stellung der Deutschliberalen zur Regierung und den von der Regierung auszuarbeitenden Wahlreformentwurf.

Die Ausführungen des Redners besitzen deshalb eine besondere Bedeutung, weil er als Präsident des Reichsraths durch seine rege Fühlung mit den leitenden Kreisen im Stande ist, genau sagen zu können, „woher der Wind weht“. Mit Rücksicht auf diesen Umstand ist die von dem Redner mitgetheilte Thatsache von hervorragendem Gewicht, daß seit langen Jahren die Anschauungen über die deutsch-liberalen Partei an maßgebender Stelle nicht so günstig gewesen seien wie gerade jetzt. Der Redner legte daher seiner Partei die Mahnung an's Herz, daß sie diese Gunst der Umstände benutzen solle durch eine kluge und geschickte Erfassung der politischen Situation. Diese aber könne sich nur in zwei Richtungen bewegen: einmal nach der Seite der Wahlreform und zum anderen nach derjenigen des Ausgleichs mit Ungarn. In beiden Fragen forderte der Redner energisch das entschiedene Eintreten seiner Partei für die Absichten und Ziele der Regierung.

Was schon die bloße Thatsache, daß ein Mann von so großem politischen Einfluß, wie der Frhrer v. Chlumetz, im gegenwärtigen Augenblicke eine neue Parole für die deutschliberale Partei ausspricht, einen bedeutenden Eindruck machen, so wird dieser Eindruck noch wesentlich verstärkt durch die Alternative „Entweder — Oder“, die der Redner zugleich seinen Parteigenossen stellte. Man wird nämlich durch den ganzen Inhalt der Rede zu dem Schlusse gedrängt, daß Herr v. Chlumetz seinen Freunden habe sagen wollen: „Jetzt oder nie! Handelt ihr in diesem Augenblicke wie kluge Männer, ohne Hohn und Leidenschaft, so seid ihr und mit euch das Interesse des Deutschthums in Oesterreich geborgen. Andernfalls muß auch ich die Hoffnung auf die Möglichkeit der Wiederbelebung des deutschliberalen Gedankens in der österreichischen Politik aufgeben und ebenfalls wie so Viele vor mir die Anhäue des Deutschliberalismus aus der Hand legen.“

Die deutschliberale Partei ist damit vor einen Scheideweeg gestellt, an dem von der richtigen Entscheidung für den Deutschliberalismus mit Sicherheit viel, mit Wahrscheinlichkeit Alles abhängt. Die schwere Krise, die der Deutschliberalismus in der letzten Zeit durchgemacht hat, ist noch unversehrt. Als das Conventionsministerium in die Büsche ging, die Bombe der Wiener Gemeinderatswahl die bisher für unannehmbar gehaltene Festung des Deutschliberalismus zertrümmerte und Herr v. Blener, der stehende Stern der Partei, vom Horizonte verschwand, da herrschte Entschiedenheit auf der ganzen liberalen Linie, und selbst im eigenen Lager fehlten die Propheten nicht, die in düsterem Nihilismus an den ganzen Zukunft der Partei verzweifelten. Gleichwohl konnte der erste Politiker nur mit Bedauern diesen anscheinend gänzlichen Zerfall der einstmaligen mächtigsten Partei Oesterreichs wahrnehmen. So schwer auch die richtige Würdigung des Deutschliberalismus im Einzelnen bei dem jedes Verdienst unwachsenden verstreuten und verlegenen Parteihader der Jetztzeit sein mag, das Eine muß dem deutschliberalen Gedanken billiger Weise zugestanden werden, daß er dem Act seines Wieders nach, der ja allerdings neuerdings vielfach in unklarer Schale sich gezeigt hat, stets eine kulturelle Arbeit in Oesterreich verrichtet hat. Das ist auch der eigentliche springende Punkt, der die Regierung veranlaßt, immer wieder auf den Deutschliberalismus zurückzugreifen. Es ist schwerlich zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die angemessene Mitbetheiligung des Deutschliberalismus an den öffentlichen Geschäften für Oesterreich die Bedeutung einer Kulturfrage besitze. Das tritt um so mehr hervor, je unübersichtlicher von anderer Seite Forderungen aufgestellt werden, die nun einmal in einem modernen Staatswesen auf ausschließliche Berücksichtigung unter keinen Umständen rechnen können: je klarer insbesondere die Unfähigkeit der unter dem Namen der Christlich-Sozialen zusammengeführten radikalsten Gruppen sich zeigt, von der anstehenden Agitation zu fruchtbringender politischer Arbeit fortzuschreiten.

Voraussetzung dafür, daß der Deutschliberalismus seine vermittelnde Thätigkeit, die in der notwendigen zeitgemäßen Abdämpfung der ultra-reactionären Pläne gegeben ist, mit Erfolg ausüben kann, ist aber eine ausgereifte realpolitische Erkenntnis,

die es von Grund aus verkennt, aus bloßer theoretischer Prinzipienerei greifbare praktische Vortheile aus den Augen zu lassen. In diesem Fehler zu verfallen war die Partei gerade jetzt wieder auf dem besten Wege, und zwar in der Behandlung der ungarischen Ausgleichsfrage, sowie eines neuerdings in Böhmen aufgetauchten nationalen Streitfalles. Betreffs des Ausgleichs mit Ungarn ließ ein Theil der Deutschliberalen sich von der ja allerdings in Oesterreich ziemlich weit verbreiteten und ganz sicherlich auch nicht unbedenklichen Meinung des Magyarenthums mit fortziehen. Im böhmischen Landtage aber hatte es die Deutschliberalen verstanden, daß Graf Badeni einen Antrag auf Erleichterung besonderer gesetzlicher Wohlthaten nicht unfreundlich gegenüberstand. Nach beiden Richtungen hin ist nunmehr von Seiten des Reichers v. Chlumetz eine haarscharfsinnige Warnung an seine Parteigenossen ergangen. Es handelt sich für den Augenblick durchaus um weiter nichts, als daß die deutschliberale Partei praktische Politik treibt, damit die öffentlichen Geschäfte in Oesterreich in einer den wahren Interessen der Gesamtmonarchie entsprechenden Weise weitergeführt werden können. Dazu ist vor allen Dingen nöthig, daß mit einer Politik der kleinlichen Verstimlungen gründlich aufgeräumt wird und daß die Partei thätigst mitwirkt an der Lösung der beiden bezeichneten Aufgaben, die jetzt die ganze Lage beherrschen. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs, die die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn erheischen, sind ungleich wichtiger als die entgegenstehenden Gründe, und die Wahlreform muß zu Stande gebracht werden, auch wenn dadurch das bisherige Embonpoint des Deutschliberalismus um ein Weniges vermindert werden sollte. Möge die deutsch-liberale Partei sich bei ihrer künftigen politischen Haltung von dieser ihr von ihrem derzeitigen Führer empfohlenen Selbstlosigkeit leiten, so wird sie dadurch beweisen, daß die Schicksalschläge, die sie hat erdulden müssen, ihre Erkenntnis gereift und sie auf's Neue regierungsfähig gemacht haben, sicherlich nicht zum Schaden der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Interessen.

### Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Februar.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ist der Jüdischererzeugnisentwurf. Bei sehr schwacher Beteiligung des Hauses beginnt die erste Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches nebst Einführungsgesetz. — Staatsminister Niederding: Der Entwurf, der in dem bürgerlichen Rechte die langjährige Einheit herbeiführen soll, ist die Frucht zweier Jahrzehnte und der Arbeit dreier Kommissionen. So darf man vielleicht sagen, daß der Entwurf, wenn er auch nicht voll befriedigt, doch der Ausdruck der Auffassungen in den weitesten Kreisen des Volkes ist. Als der deutsche Reichstag im Jahre 1873 die Initiative zu diesem Gesetze ergriß, war man sich heftig unter dem Drängen der nationalen Begeisterung der Schwereisler nicht bewußt. Wir lagen in einem Zustande der Reichsgerissenheit. Auf dem Trümmerhaufen dieser Rechtszustände waren die Männer, die zur Ausarbeitung dieses Entwurfes berufen waren, genöthigt, die Bausteine zusammenzusetzen für einen Bau ohne Grund und ohne Verankerung, aber auch ohne Nothwendigkeit für Abwechslung. Ein überaus rationales Gefühl wollte nur deutsches Recht: aber das römische Recht konnte nicht übergeben werden, denn es war im Laufe der Jahrhunderte deutsches Recht geworden, und soweit das römische Recht nicht abgelehnt war, hat es auch Anspruch darauf, deutsches Recht zu bleiben. In Bezug auf die hierbei zu ziehenden Grenzen hat sich die Kommission zwei große Leistungen angewiesen, einmal die großen Codifikationen der neueren Zeit, den Code Napoleon, das sächsische Recht und das Landrecht. Inwiefern diese übereinstimmen, inwiefern nicht, hat sich diese Kommission denjenigen Anschauungen zugewendet, welche den weitesten Geltungsreis hatten. Unter deutsches Volk will im Wesentlichen behalten, was es hat, es will nur dem Wandel an Einheit ein Ende machen. Wenn Sie diese großen Gesichtspunkte, die ich Ihnen geschildert habe, erwägen, werden Sie finden, daß der Entwurf im Großen und Ganzen gelungen ist. Wir werden uns daher nur über Einzelheiten zu unterhalten haben. Ich gebe zu, daß die Sprache des Entwurfes nicht frei von Mängeln ist, glaube aber nicht, daß irgend eine Kommission Vollkommener schaffen könnte. Die Sprache des Code Napoleon ist elegant, aber nicht klar und verständlicher im Inhalte. Auch die Deutschen im Westen werden nationalstolz genug sein, sich zu sagen: dieses Gesetzbuch ist uns lieber als das fremdlandliche. (Bravo). Ich bin mir bewußt, daß der Reichstag keine Aufgabe nicht in Kleinlichkeiten verzeilt wird, er hat das auch nicht bei dem Handelsgeetzbuch gethan trotz der Opposition in Gesehten-freien. Die verbundenen Regierungen zweifeln nicht, daß dieses Gesetzbuch trotz aller ihm anhaftenden Unvollkommenheiten doch zu große politische und nationale Vortheile hat, daß auch alle partikularen Bedenken zurücktreten müssen. Trotz mancher schwerer Bedenken und Befürchtungen haben alle Einzelstaaten für den Entwurf gestimmt. Das Volk, das sich bisher durch alle möglichen Rechte hat durchschlagen müssen, wird den Vortheil dieses einheitlichen Rechtes schätzen. Auch die Autorität des Rechtes wächst durch die Einheitlichkeit. Der gemeine Menschenverstand hat es oft nicht verstanden, wenn hier dieses, dort jenes Recht galt, das ändert sich mit diesem 10-Millionen-Recht, hinter welchem der nationale Wille und die nationale Zusammengehörigkeit stehen. Was man auch von dem Entwurf sagen möge, so wird man doch zugestehen, daß in ihm ein unermeßlicher wirtschaftlicher, politischer und sittlicher Vortheil eingeschlossen ist. Welchen gewaltigen Einfluss hat in Frankreich das einheitliche Recht zu Gunsten französischer Anschauungen und Sympathien gehabt. Dagegen hatte in dieser Beziehung Deutschland bisher nichts einzusetzen. Das wird Alles anders werden in dem Moment, wo auch wir ein einheitliches Recht in die Wagschale werfen können; es wird für uns ein Kulturereignis sein. An Ihnen liegt es, ob die Erportungen, welche das deutsche Volk aus dieses Werk sieht, in Erfüllung gehen sollen, an Ihnen liegt es, das Werk zum Abschluß zu bringen. Gestagt Ihnen das, so werden Sie sich den Dank des deutschen Volkes nicht nur für jetzt, sondern für alle Zeiten sichern. (Lebhafter Beifall). — Abg. Kinteln (Centr.): Meine Freunde erkennen dieses Werk als ein großes nationales an und wir sind

gewiß, die Herstellung desselben mit allen Kräften zu fördern (Bravo), und zwar in möglichst kurzer Zeit. (Bravo). Andererseits würden wir uns schweren Gefahren aussetzen, wollten wir uns nicht wenigstens über die Prinzipie einigen, weshalb kann auch von dem einen Theil der Presse an uns gerichteten Zumuthungen, die Vorlage en bloc anzunehmen, keine Rede sein. Doch meinen wir, wenn wir das ganze Gesetz einer Kommission überweisen würden, daß die Gefahr entstehen würde, daß die Kommission zu sehr an dem ganzen Entwurf der Vorlage zülfel. Wir schlagen deshalb vor, nur eine Reihe besonders wichtiger Materien resp. Paragraphen einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Das Einführungsgesetz soll an die Kommission gehen, um namentlich auch festzustellen, welche Rechtsgebiete den Landesgesetzgebungen vorbehalten bleiben können. Wir wünschen z. B., daß das Wasserrecht ein einheitliches über das ganze Reich sei. Auf der Sprache des Entwurfes bemängelt Redner namentlich die Beiläge: „Ter und der Paragraph findet entsprechende Anwendung.“ Mit solchen Ausdrücken bringen Sie den Richter oft in die größte Verlegenheit. Am Familienrecht muß ich ein zu weit gehendes Eingreifen des Staates in die Familie tadeln. Dieser Entwurf soll nach einem Worte aus erfahrenem Munde, Religion, Ordnung und Sittlichkeit führen, statt dessen wirkt er aber nach unierer Ansicht in dieser Beziehung eher zerstörend. (Wiederbruch und Zustimmung.) Die soziale Frage, der Schutz der Schwachen, ist nicht genügend berücksichtigt, so hinsichtlich des Jüdisch-Marimismus, des Dienstvertrages, der Alimentation unehelicher Kinder und der Landwirtschaft. Es muß doch z. B. möglichst dahin gewirkt werden, daß das Grundeigentum in festen Händen bleibt. Ferner ist in den Bestimmungen über die väterliche Potestas viel zu sehr an dieser Grundlage der Familie und damit auch der Gemeinde gestüttelt, dadurch wird nur der Umsturz vorbereitet. Der Eigenthumsbegriff ist in dem Entwurf viel zu abstrakt. Das ist unrichtig und unbedacht, der Reichstag muß enger gefaßt werden. Den kleinen Leuten ist eine viel zu ausgebehnte, sich auf die Zukunft erstreckende Kreditfähigkeit gegeben. Das Incorporationsrecht, das Vereinsrecht, ist viel zu sehr eingeschränkt, das ist nicht nöthig, nicht zweckmäßig und auch nicht politisch. (Sehr richtig.) Beim Erbrecht muß volle Testirfreiheit beibehalten werden. Die Frage der religiösen Beziehung der Kinder muß unbedingt reichsrechtlich geordnet werden. Das religiös-sittliche Moment in der Ehe ist in diesem Entwurf nicht genannt und das zerstört die Grundlage der Monarchie. Die bürgerliche Ehe ist doch weiter nichts als das unheimliche Produkt der französischen Revolution. Alle Christen müßten hier zusammenstehen, um das Volk und den Staat zu schützen vor den Folgen des modernen Liberalismus. Wenn in diesem Punkte keine Veränderung erfolgt, so sind wir genöthigt, nicht nur gegen die Bestimmungen des Cherechtes zu stimmen, sondern auch gegen den ganzen Entwurf. (Beifall.) Redner verlies diese letzten Worte. — Abg. v. Cunn (nat.-lib.): Meine Freunde werden alles Mögliche aufbieten, um so schnell als möglich diesen Entwurf Gesetz werden zu lassen. (Beifall.) Unseren Wünschen hätte am besten eine en bloc-Annahme entsprochen. Man sagt, der Entwurf enthalte zu viel römisches Recht, ich möchte aber den lehren, der einen Entwurf fertig bringt, welcher sich wesentlich auf deutsches Recht stützt. Das Nichtzustandekommen der Vorlage in dieser Session wäre ein nicht weniger gut zu machender Schaden. (Beifall). — Abg. Buchta (kons.): Wir stehen vor einer gewaltigen Aufgabe, mögen wir ihr gewachsen sein und unseren Vätern an Patriotismus nichts nachgeben, um sie zu einem guten Ende zu führen. Redner befreit, daß der Entwurf eine kapitalistisch-liberale Tendenz habe. Er selbst als Weckenburger sei, obwohl in München das Weckenburger Recht besser sei als der Entwurf und obwohl dieser noch manche Mängel habe, doch bereit, alle Bedenken zurückzustellen, ebenso wie jene politischen Freunde, um das nationale Band fester zu schlingen. Nicht wohlgethan sei es, wie vom Centrum angezettelt werde, an der Civiltät zu rütteln. Das Gesetz bestände in auch schon über 20 Jahre und katholische wie Evangelische hätten sich damit abgefunden. Seine Freunde würden sich, an dem Geiz der Götter zu rütteln, entschieden widersetzen. Die Bestimmungen der Gerichtsbarkeit bedürfen allerdings einer Berichtigung. Was die Behandlung der Vorlage anlangt, so könne man nur diejenigen Punkte in einer Kommission prüfen, wo politische, religiöse und wirtschaftliche Gesichtspunkte dazu nöthigen. Aber über diese Punkte müsse man sich doch erst schlüssig werden und deshalb sei es doch nöthig, die ganze Vorlage, mit der Ermächtigung, einzelne Theile en bloc zu erledigen, einer Kommission zu überweisen. Dies beantrage er zunächst, Namens seiner Fraktion, wobei er noch ausdrücklich betone, daß seine Fraktion das Zustandekommen der Vorlage möglichst unverändert und möglichst noch in dieser Session wünsche. — Abg. Schröder (frei. Ver.) schließt sich dem Antrag Buchta's an. Gerade die Aufgabe, dieses große Werk zum Abschluß zu bringen, biete ein vornehmendes Moment angesichts der großen sozialen und politischen Gegensätze. Wenn man dem Entwurf vorgegenen habe, er scheide nicht hinsichtlich auf nationale Boden, so verweise er auf die Männer, die ihn ausgearbeitet und doch gewiß national seien. Es sei unmöglich, Elemente aus dem Deutschen Reiche auszuweisen, die es sich seit Jahrhunderten zu eigen gemacht hat. Der Vorwurf, daß der Frau nicht die gebührende Stellung angewiesen sei, sei grundlos. Die Stellung der Frau sei gerade in dem Entwurf ganz erheblich verbessert. Zu bemängeln sei die Begrenzung, die das Rückwärtsgehen in dem Entwurf gefunden habe, der Polizeigeist, der sich dabei bemerklich mache. — Abg. Veisner (Reichsp.) Am großen Ganzen entsprechende der Entwurf den gehegten Wünschen. Ein Bedürfnis der Verwirklichung an eine Kommission bestreite nicht, dies würde sogar vielleicht das Gesetz gefährden. Meine Freunde hätten ja noch einige Wünsche, so hinsichtlich der Frauen, Verminderung der Abhängigkeit derselben, aber eine kommissarische Veranung sei in der That unmöglich. — Weiterberatung morgen.

Berlin. Als Vertreter des Kaisers bei den Begräbnisfeierlichkeiten des verstorbenen Prinzen von Battenberg begibt sich Prinz Albrecht von Preußen nach England. Wegen Abwesenheit der Großherzogin von Oldenburg fällt der für Wittmoos angelegte Hofball im hiesigen Schloße aus. — Der „Reichsanzeiger“ theilt amtlich mit, daß der Kaiser dem Unterrichtsminister im Reichsamt des Innern v. Kottenburg bei seinem Abschied aus dem Reichsdienst den Charakter als Wirkl. Geheimrath mit dem Titel Excellenz verliehen hat. — Der „Staatsanzeiger“ bringt folgende Mittheilung: Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzamtes in der Reichstags-Sitzung vom 1. ds. M. ist durch den Abg. Singer die Behauptung aufgestellt worden, daß der am 18. vor M. in einer Nervenklinik verstorbene Landgerichtsdirektor Baumwetter vom Landgericht I hierorts sich nicht während der Exerzierung seines Amtes im Zustande der Geisteskrankheit befunden

Mein-Heinrich Grell  
Grosshandlung  
Zabergasse 3  
mit Feinsten Marken  
Restaurant